

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-63120](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-63120)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in $\frac{1}{4}$ Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang.

Freitag, den 21. December 1849.

N^o 102.

Wie die Amerikaner über uns Deutsche denken.

Die Vereinigten Staaten haben im vergangenen Jahre einen Augenblick lang gehofft, daß die revolutionaire Bewegung auf dem europäischen Continent Staatsformen, den ihrigen verwandt, ins Leben rufen werde und daß sie dadurch in nähere und innigere Verbindungen zu denselben treten könnten. Namentlich waren diese Hoffnungen in Bezug auf Deutschland rege und die alsbaldige Bereitwilligkeit, die provisorische Centralgewalt in Frankfurt anzuerkennen und die Union bei ihr durch einen eigenen Gesandten vertreten zu lassen, war nur der Ausdruck dieser Hoffnungen und Wünsche. Unermeßliche Vortheile würden für Deutschland daraus entsprungen sein, hätte nicht der Kleinmuth seiner constituirenden Nationalversammlung, die in ihrer Majorität zum Werkzeuge der Fürstenränke sich erniedrigte, die bundesstaatliche Gestaltung Deutschlands auf der Grundlage der freiesten Staatsformen scheitern lassen. Die Hoffnung, in einem solchen Deutschland auf dem europäischen Festlande seine natürlichsten Verbündeten zu finden, ist für die nordamerikanische Union dahin; die Enttäuschung ist vollständig. Mit der Republik Frankreich ist ein Gleiches der Fall, und dort hat die Entfremdung der beiden Nationen schon jenen bitteren Beisatz angenommen, der bei der ersten besten Gelegenheit zu einem förmlichen Bruch führen kann. Nach dieser Wendung der Dinge ist es ganz natürlich, daß sich Nordamerika wieder enger als je an seinen alten Rivalen, an Großbritannien, anschließt, in welchem es in diesem Augenblicke noch den einzigen Vertreter und Verteidiger der Gesittung und Bildung in Europa gegen den dort überall umschweifenden und allgemeine Knechtschaft, Barbarei und Verarmung in seinem Gefolge führenden Militairdespotismus erblickt. Man lasse sich über diese Thatfache nicht

durch Erscheinungen, wie der Streit in Nicaragua oder die in Canada immer stärker hervortretenden Wünsche des Anschlusses an die amerikanischen Freistaaten irre führen und baue nicht darauf den Schluß, daß dies zu ernstern Zerwürfnissen zwischen den beiden mächtigsten See- und Handelsstaaten führen könne. Wie innig die Annäherung zwischen beiden ist, geht daraus hervor, daß Nordamerika so eben die Zulassung britischer Fahrzeuge in Häfen der Vereinigten Staaten vom 1. Januar k. J. ganz zu den gleichen Bedingungen in Betreff der Schifffahrtsabgaben und übrigen Gebühren, wie der eigenen nationalen Schiffe ausgesprochen hat. Man würde sich sehr irren, wollte man in dieser Concession einzig und allein die Erwiderung auf die Abschaffung der britischen Navigationsgesetze sehen. Dieser Schritt steht vielmehr in genauem Zusammenhange mit der Enttäuschung, die die amerikanische Nation hinsichtlich des Ausgangs der deutschen Erhebung vom März v. J. und der Entwicklung der Republik in Frankreich erfahren. Hätte die souveraine deutsche Nationalversammlung sich der in ihre Hände gelegten Macht zu bedienen gewußt, um ein wahrhaft freies und einiges Deutschland zu schaffen, so hätten ihm, auch wenn es nicht gleich im Anfang mit einer in solchen Händen zur Farce gewordenen Herstellung einer deutschen Flotte debüirt hätte, alsbald die Vereinigten Staaten Nordamerika's als mächtige Verbündete zur Seite gestanden und namentlich würde man sich von dieser Seite bereit gefunden haben, dem Schwesterbundsstaate in Europa die umfassendsten Handelsvortheile einzuräumen, während das zerstückelte, entwürdigte, von seinen Fürsten mißhandelte und in Staub getretene Deutschland jetzt das leere Nachsehen hat und zusehen muß, wie Großbritannien, das ihm auf dem amerikanischen Markt schon jetzt überall den Vorrang abgelassen, durch jene Maßregel in Besitz von Handelsvortheilen ge-

seht wird, die seine commercielle Obmacht dort in unberechenbarer Weise fördern müssen. Wie sehr aber ein solcher Schritt freundschaftlicher Zuorkommenheit gegen Großbritannien unter den gegenwärtigen Umständen im Sinne des ganzen amerikanischen Volkes liegt, geht daraus hervor, daß ein Whigpräsident und eine Whigverwaltung, deren Vorliebe für das Protectionssystem des einheimischen Handels und der Industrie bekannt sind, diese Maßregel ins Leben gerufen haben. Zu sofern reicht die Bedeutung derselben weit über die handelspolitische Wichtigkeit hinaus, und sie erscheint als eine reine, politische Thatsache von weitreichenden Folgen — als die Erneuerung des Freundschaftsbündnisses zwischen den beiden mächtigsten und freiesten Nationen der Welt, im Angesichte der zur Völkerverdrückung verbündeten europäischen, Militärgrößenmächte. (Ausw. Zeit.)

Zeitbetrachtungen

Wenn der Art. 27 des Staatsgrundgesetzes vorschreibt, daß jeder Staatsvertrag der Bestätigung des Landtags bedarf, das heißt zu sei vor Gültigkeit bedarf, so halten unsere Abgeordneten wohl das Recht, wenn sie sagen, die Abstimmung über die Bestätigung des Berliner Vertrages sei keine bloß persönliche Frage, wie das Ministerium es ausdeuten wollte, das heißt nicht eine bloße Billigung oder Mißbilligung ihrer Handlungsweise, sondern der Vertrag sei jetzt ungültig, da die Bestätigung verweigert wurde, und aus guten Gründen, meinen wir. Die Neuen Blätter vertheidigen eine Meinung, welche zwischen dem Landtage und dem Ministerium in der Mitte stehen soll. Sie sagen: Sofort ungültig ist der Vertrag nicht, aber der Großherzog ist moralisch verpflichtet den Willen des Landtags zur Anerkennung zu bringen. Nun ja, die moralische Verpflichtung seines Fürsten wird jedem wohlgestimmten Oldenburger auch allenfalls kommen. Aber was würde daraus für das neue Ministerium folgen? Es würde daraus folgen, daß der Großherzog die moralische Pflicht hat, nur solche Männer zu Ministern zu erwählen, welche den Willen haben nach dem Willen des Landtags zu handeln und nicht von dem Berliner Bündnis frei zu machen. Haben die Neuen Blätter das wohl bedacht? Aufgeloht den Landtag, gleich nach dem Aufgelohten in der preussischen Frage nachzieht? — So rief ein bekannter Redner in der Casinogesellschaft. Bedachtssame Leute, von der Reaction waren geneigt, die-

sen Rath ebenso zu belächeln, wie ein Ministerium sich lächerlich machen würde, wenn es mehr als einmal sich in die gewiß nicht erbauliche Lage versetzen wollte, nach einer Landtagsauflösung vor den neuen Landtag hinzutreten und alle die alten Gesichter darin wieder vor sich sehen zu müssen, wenn diese dann auch großmüthig genug zu sein pflegen, nicht zu lächeln über den ohnmächtigen an der Beharrlichkeit des Landes gescheiterten Versuch. Diese bedachtssameren Männer, der Reaction sagen daher: abermalige Auflösung des Landtags hilft nicht, es muß dem Lande vorher ein anderes Wahlgesetz aufkomponirt werden. *) — Ist das aber wohl besser bedacht? liegt darin nicht gleich wieder das Geständnis: das Land will das Bündnis nicht. Denn jetzt haben wir allgemeines Wahlrecht. Warum soll das Wahlgesetz geändert werden? Damit eine Partei allein zum Wahlrecht gelangt? Bewahre uns der Himmel vor dieser Partei!

Der Abg. Wibel II. aus Guttin hat die Gründe abdrucken lassen, welche ihn bewegen haben, diesmal für den Anschlag zu stimmen. Er denkt über das Bündnis noch ebenso wie früher (also: das es verderblich für Deutschland sei, wie für Oldenburg) er beklagt sehr das Verfahren der Minister; aber weil sie nicht nachgeben wollen will er lieber nachgeben, damit Friede sei zwischen dem Land und dem Ministerium. So sagt der Abg. Wibel II., und wir sollen dieser Ansicht alle Achtung. Aber wenn nun alle so gestimmt hätten, hätte es dann dem Lande genügen sollen, gleichfalls zu sagen: wir beklagen sehr die Abstimmung des Abg. Wibel II. u. s. w. und was sollte am Ende dabei herauskommen, wenn wir nichts thäten als einander zu beklagen und nachzugeben?

Oberst Moske war nicht glücklich in seiner Vertheidigung des Preussnbündnisses, das sagen selbst seine Freunde, und in der Welterzeitung schreibt Einer: Es habe keinen guten Eindruck auf die Bayern (!) machen können (soll wohl heißen: auf den gesunden Menschenverstand), wenn Herr Oberst Moske sagte: der Berliner Verwaltungsrath werde gegen Hannover Zwangsmaßnahmen anordnen. — Ein hübscher Einigungsversuch, mit Krieg und Zwangsmassregeln. — Da möchte denn allerdings für manchen Landmann (aber für den Städter auch) die Aussicht, seinen Sobn gegen Hannover ausmarschiren zu lassen, nicht angenehm sein; und Mäander blickte hinter sich nach unserer Seefüste und

*) In seit der Zeit, wo dies in unsern Händen ist, zum Theil bereits geschehen. (D. W. o. b. u.)



unseren Schiffen, bei dem Gedanken: was wird England dazu sagen? Nein, nein, wir wollen lieber davon bleiben! Das Zwingeu könnte uns schlechter bekommen, als schlimmsten Falls das Gezwungenwerden. Sachsen läßt schon österreichische Truppen in sein Land rücken, um sich gegen die Zwangsmaßregeln Preußens zu schützen. Wen aber würde Hannover zu Hilfe rufen? Nein, bleiben wir davon! — Und nun gar das Complément, das heißt so viel als: die Ausfüllung seiner Macht, wonach Preußen strebt, wie Oberst Moskè kein Bedenken trug selbst zu sagen — nun ja das ist es eben! Wer die Landkarte kennt, sieht wohl ein, wo die Lücken sind im preussischen Staate, die ausgefüllt werden müssen. Das sind Sachsen, Hannover und Oldenburg. Aber wollen wir Preußens Lückenbüßer sein? — Ist das Preußens deutsche Politik? — Ist das ein Versuch zur Einheit Deutschlands? — Ist das der Kern der Reichsverfassung? — Der Versuch ist in Berlin aufgegeben und der Kern ist sehr bitter geworden.

Der erste Act unsern neuen Ministeriums

Ist die Auflösung des Landtages und einige Abänderungen im Wahlgesetze. Beides hat uns das Gesetzbuch am 18. Dec. gebracht. — Das erstere ist zwar nicht unconstitutionell, das Ministerium wird sich aber dadurch, wenn es nicht sonst Sympathien im Volke hat, keine besonderen erworben haben, namentlich wird es dadurch die demokratische Partei nicht auf seine Seite hinüberziehen, und darnach mußte doch gleichzeitig sein Streben gerichtet sein. Ob es durch die Abänderungen im Wahlgesetze das erreicht, was man so schnell wünscht, nämlich die Verminderung der demokratischen Partei oder möglichste Ausmerzung derselben aus dem Landtage, das glauben und hoffen wir, wird nicht geschehen. Die demokratische Partei, welche sich bis jetzt bei den Wahlen noch immer sehr thätig gezeigt, ohne sich verwerflicher Mittel zu ihren Zwecken bedient zu haben, wird hoffentlich auch künftig ihres Berufs und ihrer Pflicht eingedenk sein und sich unter keiner Bedingung und unter keinem Vorwande von der Wahl zurückziehen. Man hat zwar schon hier und da murkeln gehört, daß, wenn der Landtag abermals aufgelöst werde, man sich der Wahl gänzlich enthalten wolle. Das wäre aber der verkehrte Weg und eine schneidende Waffe in den Händen der Reaction, — es wäre eine Sünde nicht allein gegen sich selbst, sondern auch gegen diejenigen, die sich selbst nicht helfen können. Wie weiß es kommen kann, wenn die demokratische Partei nicht wählt, das sehen wir klar an dem jämmerlichen preussischen Landtage. Also frisch zur Wahl, ihr Demokraten, keine Mühe scheut — eure Gegner werden sie auch nicht scheuen. Durch die neue Eintheilung ist noch keinem das Wahlrecht abgesprochen. Es können, trotz der neuen Eintheilung, immer noch dieselben Wahlmänner, dieselben Abgeordneten gewählt werden, wie früher — man muß sich dabei nur hübsch den Spruch merken: Bange machen gilt nicht! — Man muß zwar gesehen, daß die neu arrangirten Wahlbezirke und Wahlkreise ihren Schöpfern alle Ehre machen, daß sie so allerliebst zusammengepaßt sind, daß

es eine Lust ist, sie so neben einander stehen zu sehen. Schwerlich wird eine Katharin einen gefälligeren Falkenwurf an einem neuen Kleide herstellen als diese Wahlbezirke und Wahlkreise zusammengestellt sind. Aber darum den Muth nicht verloren. Freunde, wählt nur, wählt!

Was die Abänderungen des Wahlgesetzes betrifft, so gestattet uns der Raum nicht, dieselben hier ausführlich abdrucken zu lassen; wir bemerken nur, daß das Herzogthum dadurch in 32 Wahlkreise (mit 37 Abgeordneten) statt früher in 7, das Fürstenthum Birkenfeld in 5 (mit 5 Abgeordneten) statt früher 1, und das Fürstenthum Lüneburg in 4 (mit 4 Abgeordneten) statt früher in 4, eingetheilt ist.

Die Wahl der Abgeordneten findet, wie früher, an verschiedenen Tagen, sondern in jedem Landestheile des Großherzogthums an einem Tage statt. — Der Landtag tritt nun seit Mai dieses Jahres am 16. Febr. 1850 (diesmal wahrscheinlich nicht mehr wegen der Berliner Frage) zum dritten Male zusammen. Denn daß man den Landtag jetzt nicht mehr fragen wird, ob er den Anschlag billigt (am besten wäre es, man fragte den Landtag um nichts mehr!), geht schon sehr klar aus den Worten der vorigen Minister auf dem Landtage hervor; noch klarer aber aus den Schritten des gegenwärtigen Ministeriums, welches bereits in dem heute ausgegebenen Gesetzbuche die Wahlen zum preussischen Volkshause ausgeschrieben hat. An diesem Wahlgesetze verspüren wir schon einigen preussischen Wind — der Sturm wird nachkommen. Fügen wir uns aber nur geduldig — gewöhnen wir uns nur allmählig wieder ans Entbehren und Beklagen! Haben wir aber nicht die Kraft, das Errungene festzuhalten, nun, so sind wir dessen auch nicht werth. Und es scheint in der That, als sollten alle die schönen Worte, welche an den Wänden des Ständehauses wiederhallten, umsonst gesprochen sein. — Volkvertreter, wahr! Euch!

Die musikalische Soirée

der Herren Friedrich und Franzén, am 11. Decbr., fand diesmal im großen Casinosaale statt und war sehr zahlreich besucht. Zuerst hörten wir Quartett für Streichinstrumente (Es-dur) von Beethoven, das ganz vorzüglich ausgeführt wurde, besonders ließ das Adagio in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig. In den beiden letzten Sätzen war freilich, um die Ausführung ganz vollkommen nennen zu können, mehr Einheit nöthig gewesen. In dem letzten Satz wurde die Deutlichkeit miltunter durch das etwas zu schnell genommene Tempo beeinträchtigt. — Darauf, Zwei Lieder für Sopran, auf dem Zettel stand von Franzén, das war aber ein Versehen, das erste kleine Liedchen war von Humbert und das zweite als Composition weit bedeutendere von Franzén. Fraulein Galberla trug dieselben vor und machte damit ihren ersten Versuch im öffentlichen Singen. Dieser erste Versuch fiel über alle Erwartung gut aus; die noch sehr junge Sängerin fand beim Publikum viel Nachsicht und sogar einige Aufmunterung. Wir fanden ihre Stimme (mezza sopran) weich und

vollständig und ihre Intonation äußerst rein. Durch fleißiges Solfeggiiren wird die noch mangelnde Gleichmäßigkeit der Töne und eine bessere Verbindung derselben zu erlangen sein. — Sodann hörten wir: Violin-Concert von David. Herr Franzen entwickelte bei dem Vortrag desselben eine außerordentliche Fertigkeit, besonders als er die Befangenheit, die Anfangs den freien Vortrag etwas hemmte, überwunden hatte. Hierauf: Declamation von Herrn Steinmetz; ein etwas zu sentimentales Gedicht. Der Vortrag war gut, nur ein wenig zu leidenschaftlich, zu theatralisch. — Zum Schluß: Quartett von Mozart, für Pianoforte und Streichinstrumente. Dieses wunderbar schöne, göttliche Musikstück wurde von den Herren Friedrich, Franzen, Baumberger und Grosse ganz seiner würdig vorgetragen. Herr Friedrich legte in dem letzten Satz eine Cadenza ein, die von außerordentlicher Wirkung und ganz im Geiste der Composition gehalten war. Wir können nur wünschen, daß dies Quartett, in welchem sich die ewige Jugend Mozarts nicht minder als in seinen Opern kund giebt, bei der nächsten Quartett-Soirée wiederholt werden möge. Wer bei Anhörung dieses Quartetts sagen kann — und wir haben in der That etwas dergleichen gehört — Mozart sei veraltet, den müssen wir, was die göttliche Musik betrifft, für einen Vandalen erklären.

Am Montag, den 17. d. M., hörten wir die 40 französischen Versfänger im Casino. Die Compositionen so wie die Vorträge derselben sind ganz eigenthümlicher Art und für diejenigen, die dergleichen nicht gehört haben, sehr interessant. Am Donnerstag, den 20., werden sie noch einmal in der Kirche singen. Am Sonnabend beabsichtigen sie in Barel, am Sonntag in Jevers, am Montag in Wittmund, am Dienstag in Esens u. s. w. Concerte zu geben.

Wir können nicht unterlassen, das Publikum auf einen „Wundermann“ aufmerksam zu machen, der sich Rabbi Hersch Dänemark nennt und hier am Sonnabend Abend im Gasthause zum Erbgroßherzog (Mitterhof) Proben seiner unbegreiflichen Unbegreiflichkeiten ablegen wird, die, wie er versichert, das höchste Erstaunen erregen werden. Die höchsten und allerhöchsten Personen als Fürsten, Könige und Päpste sind über seine Wundergabe in höchstes und allerhöchstes Erstaunen gerathen, und so ist es unsere Schuldigkeit, ein Gleiches zu thun. Die Wundergabe dieses Wundermanns besteht in einer außerordentlichen Gedächtnißgabe (Mnemonic)

schnellem Ueberblick in Büchern &c. Der Anfang seiner Vorstellung wird Abends 7 Uhr sein und das Entrée nicht mehr als 1 Rthlr. Cour. Die theilnehmenden Gäste werden ehrenbietigst ersucht, zur festgesetzten Stunde zu erscheinen und während der Vorstellung sich ganz ruhig und still zu verhalten, weil das geringste Geräusch schmerzhaft ja gefährlich auf die Gehirn-Organen des Darstellenden wirken würde.

Für die politischen Flüchtlinge in der Schweiz sind noch nachträglich eingegangen: Von v. F. 1 Rthlr. von Th. in D. 48 gr. Gold, und im Ganzen an die Expedition der Zeitung für Norddeutschland abgesandt: **32 Rthlr. Cour.**

Es ist durch diesen Schluß noch keineswegs der Mildthätigkeit Schranke gesetzt, wir sind vielmehr noch fortwährend bereit, Gaben für den obigen Zweck entgegenzunehmen und an den Ort ihrer Bestimmung zu befördern. Der Beobachter.

Kirchliches.

Vom 14. bis 20. Decbr. sind in der Oldenb. Gemeinde:

I. Copulirt: 124) Anton Theodor Reinke und Ahtle Margarethe Koopmann, Biergefeld.

II. Getauft: 323) Gelche Dorothee Friedeberg, Ohmstedt. 324) Friederike Genevieve Henriette Catharine Nonnenkamp, Oldenburg. 325) Friedrich Ludolph Hermann Diederich Ahlers, Madorsf. 326) Diederich August Meinardus, Dfenerfeld. 327) Johann Hollwege, Bornhorst. 328) Johann Gerhard Hermann Thaler, Bloberfeld. 329) Johanne Friederike Mehrens, Stau. 330) Johann Gerhard Friedrich Christofh Meyer, Oldenburg. 331) Bertha Helene Mathilde Adelheid Margarethe Ruyfhaver, Oldenburg. 332) Günther Theodor Julius Harbers, Oldenburg. 333) Emil Heinrich Willinghöfer, Oldenburg. 334) Friedrich Johann Carl Tange, Bloberfeld. 335) und 336) Zwei uneheliche Kinder.

III. Beerdigt: 308) August Johann Gottlieb Wilhelm Haverkamp, Gooften, 26 J. 309) Johann Hinrich Wesfels, Heil. Geistthor, 61 J. 310) Anna Wilkens geb. Kröger, Ohmstedt, 72 J. 311) Anna Rebecca Wöbcken geb. Gülers, Oldenburg, 72 J. 312) Conrad Gerhard Hinrichs, Oldenburg, 48 J.

Sonntag, den 23. December, predigen in der Lamberti-Kirche:

Frühpredigt: Herr Pastor Gröning. Anf. 8 1/2 Uhr.
Hauptpredigt: „ „ Greverus. „ 10 „
Nachm.-Pred.: „ Kirchenrath Clausen. „ 2 „

Am ersten Weihnachtstage:

Frühpredigt: Herr Hofprediger Wallroth. Anf. 8 1/2 Uhr.
Hauptpredigt: „ Generalsup. Dr. Böckel. „ 10 „
Nachm.-Pred.: „ Kirchenrath Clausen. „ 2 „

Am zweiten Weihnachtstage:

Frühpredigt: Herr Pastor Greverus. Anf. 8 1/2 Uhr.
Hauptpredigt: „ Pastor Gröning. „ 10 „
Nachm.-Pred.: „ Kirchenrath Clausen. „ 2 „

W Auswärtige Bestellungen auf den nächsten Jahrgang oder das erste Quartal des „Beobachters“ bitten wir recht zeitig, möglichst bis zum 25. d. M., an Großh. Haupt-Postamts-Expedition zu Oldenburg gelangen zu lassen, indem nur in diesem Falle für die vollständige Lieferung der Exemplare eingestanden werden kann.

Alle Postexpeditionen des Landes sind verpflichtet, Bestellungen auf den „Beobachter“ anzunehmen, sie können die Gelder unfrankirt an die oben genannte Expedition einsenden.

Der Pränumerationspreis des Blattes für Auswärtige ist — einschließlich des Oldenburgischen Postporto's — jährlich 2 Rthlr. — vierteljährlich 36 gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg vierteljährlich 34 gr. frei ins Haus. Die Redaction.

Redacteur: Wilhelm Calberla. — Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Etalling in Oldenburg.

Der Abg. Wibel I. über das Berliner Bündniß.

(Aus den stenographischen Berichten des Landtags.)

Meine Herren, wenn die erwählten Vertreter des Volkes zusammen sind mit den Räten der Krone, zu berathen über wichtige Fragen des Gemeinwohls, wo Gründe gegen einander abgewogen werden sollen, um zu forschen, was das Wahre, was das Beste sei, das ist ein schönes, ein herrliches Bild aus dem geordneten Staatsleben! Ganz so ist es uns heute leider nicht. Die Frage, die uns eute beschäftigen soll zum zweiten Male in diesem Jahre, sie ist, abgesehen davon, daß man uns zwingt, auch uns daran zu betheiligen, eine solche, auf deren Entscheidung unser Einwirken ein sehr entfernt liegendes ist; sie ist zweifelhaft der Art, das unter Millionen Deutschen die Meinungen zwiespältig darüber geblieben sind nun schon so manchen Monat hindurch. Nichtsdestoweniger haben wir bei dieser Frage, so wie die Sache heute steht, nicht abzuwägen Gründe gegen Gründe, um zu untersuchen, wo ist der Vortheil, wo ist der Nutzen, wo ist die Wahrheit, wo ist das Beste? Sondern wir sind in der traurigen Lage, abwägen zu müssen den Nachtheil von der einen Seite, den wir befürchten möchten von der Sache selbst gegen den Nachtheil von der andern Seite, der gebracht werden soll dem Lande nicht durch die Sache selbst, sondern durch diejenigen, welche sie wollen, also um Recht haben in Meinungen! Doch das hat nicht abgewendet werden können; die Hand ist geboten von Seiten des Landtags mehr als einmal; es hat kein Friede sein können; die Entscheidung muß fallen! Stehen wir also heute wieder hier, wie wir am 1. September hier standen vor dieser Frage, so haben wir, die wir damals „Nein“ sagten, auch heute nur das erste Gutachten des Ausschusses Ihnen wieder empfohlen, unter dem mein Name steht, und welches „Nein“ lautet. Wir befinden uns dabei in der Lage, auf alle die Gründe, die wir damals vorbrachten für unser „Nein“, zurückblicken zu können mit Zufriedenheit. Mit Zufriedenheit? — Nein, das mag ich doch nicht sagen denn ich will nicht gern Recht gehabt haben darin, daß etwas schlimmen Ausgang nahm wenn ich es auch gehabt habe — aber bestätigt hat sich durch den Verlauf der Zeit Alles, was wir voraus sahen und fürchteten, weil die Sache leider so war, daß mir nichts davon hoffen konnten. Es hat nicht zum Heile Deutschlands sich wenden können, was man uns vorschlug, und das kann diese Betrachtung freilich nur zu einer betäubenden machen. Man sagte uns damals, als wir darauf hinwiesen, wir wollten die Einheit für ganz Deutschland und nicht eine Sonnenbund, man sagte uns, Baiern und Württemberg würden kommen in nächster Zeit; sie sind nicht gekommen, sondern statt ihrer der Absagebrief, den wir voraussahen mit Bestimmtheit. Der Mann, der im Königreich Württemberg vielleicht der Geneigteste wäre für den Anschluß an das preussische Bündniß, der Staatsmann Römer, hat für sein Volk die unabänderliche Bedingung gestellt, nur wenn ganz Deutschland

beiträte, nämlich das Deutschland, welches die Grundrechte hat und haben will, und dann auch: wenn Preußen zurücktreten will von der in Aussicht gestellten Verkümmern der Grundrechte. Das ist auch unser Standpunkt vom 1. Sept., daß wir festhalten wollten an diesen Grundrechten mit diesen Händen, so lange noch ein Nerv darin dem Willen folgt dem Willen, der auf das Recht der Vernunft steht, und daß wir deshalb nie „Ja“ sagen konnten zu einem Bündniß, das uns dieses unschätzbare Gut verkümmern und rauben wollte welches unserm Volke geworden ist, auch durch sein Staatsgrundgesetz, und welches wir ohne begründete Hoffnungen, dadurch Deutschlands Einheit zu erkaufen, aus unseren Händen verloren geben sollten. — Wir sagten, als man uns zurief: Wollt ihr euch isoliren? wollt ihr allein stehen zwischen allen andern deutschen Staaten? — wir sagten: Wir glauben zu sehen, Hannover bleibt auch nicht bei dem Bündniß; und das ist leider auch eingetreten, ärgerlich genug. Zwiespalt hat sich gezeigt mehr als genug, wie wir ihn verdrießen, daß er in der Cabinetspolitik stets und immerdar sein werde. Hannover und Sachsen sind fern hinweggetreten von dem Bunde, und wie es mit unserm Nachbarstaate Bremen steht? es fehlt uns allen vielleicht die sichere Kunde darüber; vielleicht werden wir vom Ministertische aus eine Aufklärung darüber hören können, die auch unser Urtheil bestimmen und leiten möchte. Was wir aus Zeitungsnachrichten wissen, scheint anzudeuten, daß man wenigstens das Wahlgesetz der Bürgerschaft bis heute nicht wieder vorgelegt hat, und nicht unwahrscheinlich ist es wohl, daß in den Handelsstaaten, den klug Berechnenden, man bedacht hat, daß die unentbehrliche Handelsstraße, die Oberweser, dem Bündnisse nicht angehören wird, sondern Hannover. Was der Staatsmann, der den Bremer Staat leitet, beschließen wird, wie es ihm gelungen ist, den Rücktritt von der Gefahr noch offen zu halten, dies zu wissen steht uns nicht zu Gebote. Ist es ihm aber möglich gewesen, so mag sein kleiner Staat es anerkennen mit Dankbarkeit.

Man sagte uns, wenn wir nicht beiträten, würde unberechenbarer Nachtheil kommen dem Gesamtvaterlande, der alte Bundestag würde wieder kommen. Wir beugten unser Haupt nicht vor dieser Gefahr, sondern sagten: wir fürchten den alten Bundestag nicht mehr, als das Preußen-Bündniß, und es ist klar, er kommt doch. Auch darin haben wir uns nicht irren können.

Wir sagten, das ist kein Bündniß, woraus die Einheit entstehen kann für Deutschland; das Volk ist nicht dabei, namentlich das freie Volk nicht, das Volk des Südens kann nicht dabei stehen. Ihr rufet den Bruderkampf hervor; die Trennung des Nordens vom Süden, eine unwiederbringliche, eine Trennung auf Niewiedersehen! Meine Herren, ist das nicht auch schon wahr geworden in der traurigsten Weise? Wir hören die Waffen klirren, die Schwerter werden geschliffen, und wir hören sogar von einer Seite Freude darüber in

